

Niederschrift
über die 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 21.09.2022

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus

Beginn: 16:35 Uhr

Ende: 18:26 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Steve Kuhlmann
Herr André Langeworth

SPD

Frau Regine Weißenfeld Vorsitzende
Frau Judith Wend

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jana Bohne
Herr Joachim Hood Stellv. Vorsitzender

FDP

Herr Leo Knauf

Die Linke

Herr Dominik Goertz

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Bültner
Herr Andreas Erdmann
Frau Saskia Kesting
Frau Dr. Asma Ait Allali
Frau Cornelia Hüser
Herr Ingo Nürnberger
Frau Gabriele Stillger
Herr Oliver Wittler

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Jochen Hanke

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Malte Hausmann
Frau Kirsten Hopster
Herr Marc Korbmacher
Herr Dirk Lemhoefer
Herr Ralf Müller
Herr Matthias Rotter

Vertreter/-in von Vereinen und Verbänden

Frau Nadine Beyerbacht
Herr Manuel Bisevac

Herr Emad Tahmasei

Schriftführung

Frau Mareike Honerkamp

Verwaltung/ Sonstige:

Herr Björn Palma

Stadt Bielefeld Dezernat 5

Herr Jakob Bergen

Stadt Bielefeld Büro für Integr. Sozialplanung und Prävention

Frau Annette Jankow

Stadt Bielefeld Jugendamt



Nichtöffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Weißenfeld begrüßt die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 19. Sitzung des Jugendhilfeausschusses fest.

Ferner teilt sie mit, dass in der heutigen Sitzung vier neue Mitglieder anwesend seien. Es handelt sich um:

- Frau Nadine Beyerbacht
(stellvertretendes beratendes Mitglied, Evangelische Kirche)
- Frau Cornelia Hüser
(beratendes Mitglied, Agentur für Arbeit)
- Herr Manuel Bisevac
(beratendes Mitglied, BezirksSchüler:innenVertretung Bielefeld)
- Herr Emad Tahmasei
(stellvertretendes beratendes Mitglied,
BezirksSchüler:innenVertretung Bielefeld)

Frau Weißenfeld bittet alle Anwesenden sich zu erheben und verpflichtet Frau Beyerbacht, Frau Hüser, Herr Bisevac und Herr Tahmasei mit nachfolgender Formel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben als Mitglied des Jugendhilfeausschusses nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

Die neuen Ausschussmitglieder bekunden ihr Einverständnis mit einem deutlichen „Ja“.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird nach Form und Inhalt genehmigt.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses (17. Sitzung) mit dem Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.06.2022

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses (17. Sitzung) mit dem Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.06.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.08.2022

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 18. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.08.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4

Mitteilungen

Frau Weißenfeld berichtet über den Verein „Auf dem Weg“, der Beratung und Projekte für Jungen anbietet. Sie teilt entsprechende Flyer aus und kündigt an, den Verein zukünftig in eine Jugendhilfeausschusssitzung einladen zu wollen.

Nach kurzer Debatte bleibt der 18.10.2022 als Termin für die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses zu den Themen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen sowie Haushalt bestehen.

Frau Bülter erläutert, dass es in den Kitas aktuell viele krankheitsbedingte Personalausfälle gebe. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels werden schon jetzt Überlegungen zu einem reibungslosen Ablauf im Herbst und Winter angestellt. Gemeinsam mit den Kitas soll es zur Lösungsfindung ein Expert*innengespräch und im Oktober einen Kita-Gipfel geben.

Zu Punkt 4.1 Broschüre "Stillfreundliches Bielefeld"

Als Tischvorlage liegt den Ausschussmitgliedern die Broschüre „Stillfreundliches Bielefeld“ vor.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Broschüre zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 CO2-Messgeräte und mobile Luftreinigungsanlagen in der Kindertagesbetreuung

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 Kindertagespflege – keine Förderung eines privat reservierten ungenutzten Betreuungsplatzes

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.4 Einführung eines internet-basierten Abrechnungssystems für Leistungen nach Bildung und Teilhabe (Bildungskonto und Bildungskarte)

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 Einsatz und Bewilligungspraxis von Integrationshelfer*innen

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.6 **Projekt in der Bildungsregion "BildungswegStärkung" (2019-2020), hier abschließende Prüfung der Förderung durch die Bezirksregierung Detmold**

Alle in der letzten Sitzung gestellten Fragen von Herr Goertz wurden in der Mitteilung beantwortet.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 5 **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 6 **Anträge**

Zu Punkt 6.1 **Antrag der CDU - Bericht der Verwaltung zur Nutzung der mobilen Jugendarbeit für die Jahre 2021/2022**

Frau Weißenfeld teilt mit, dass es in der Jugendhilfeausschusssitzung am 16.11.2022 wie gemäß dem Antrag gewünscht einen Bericht zur Nutzung der mobilen Jugendarbeit für die Jahre 2021/ 2022 geben werde.

Der Antrag der CDU wird auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16.11.2022 vertagt.

Zu Punkt 7 **Fachbeirat für Mädchenarbeit - Umbenennung eines Handlungsfeldes und Berufung von zwei neuen stimmberechtigten Mitgliedern**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4435/2020-2025

Ohne weiteren Austausch fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden

Beschluss:

1. Das Handlungsfeld „Arbeit mit Migrantinnen“ des Fachbeirates für Mädchenarbeit wird umbenannt in „Arbeit mit Mädchen in der Migrationsgesellschaft“.

2. Frau Margarita Bergen wird als Nachfolgerin von Frau Nilgün Isfendiyar (beide Kommunales Integrationszentrum der Stadt Bielefeld) als Vertreterin des Handlungsfeldes „Arbeit mit Mädchen in der Migrationsgesellschaft“ als stimmberechtigtes Mitglied in den Fachbeirat für Mädchenarbeit berufen.
3. Frau Sylvia Krenzelt wird als Nachfolgerin von Frau Maria Therre (beide Mädchenhaus Bielefeld e.V.) als Vertreterin des Handlungsfeldes „Mädchenberatung“ als stimmberechtigtes Mitglied in den Fachbeirat für Mädchenarbeit berufen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung im Stadtbezirk Dornberg im Wohnbereich Hasbachtal / Hollensiek

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4022/2020-2025

Unter Berücksichtigung der Vorberatung im Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Die Trägerschaft für die neue Kindertageseinrichtung im Wohnbereich Hasbachtal / Hollensiek wird an den DRK Kreisverband Bielefeld e.V. übertragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren in enger Zusammenarbeit mit dem Träger und in Abstimmung mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe – Landesjugendamt – als überörtlichem Träger der Jugendhilfe durchzuführen.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Aktueller Stand des Bielefelder Ausbildungsfonds

Herr Wittler von der REGE mbH steht für Fragen zur Informationsvorlage zur Verfügung. Er verweist darauf, dass er den aktuellen Sachstand in der Jugendhilfeausschusssitzung am 16.11.2022 in einer Präsentation detaillierter darstellen werde.

Auf Herrn Hoods Nachfrage, ob die „Nacht der Berufe“ erfolgreich gewesen sei, antwortet Herr Wittler, dass die Veranstaltung sehr gelungen gewesen sei. Es seien mehr Besucher*innen (ca. 1.100) als erwartet (ca.

1.000) vor Ort gewesen und sowohl von Firmen als auch Jugendlichen habe es positives Feedback gegeben.

Wie sich herausstellt, wusste die BezirksSchüler:innenVertretung Bielefeld nicht von dieser Veranstaltung. Herr Bisevac und Herr Tahmasei als deren Vertreter wollen sich diesbezüglich mit Herrn Wittler austauschen, damit zukünftig noch mehr Jugendliche erreicht werden können.

Zu Punkt 10

Kommunaler Fachkräfte-Aktionsplan – Entwicklung und Erprobung von neuen Konzepten im Bereich der Pflege sowie für die Gewinnung von Fachkräften in Pflege- und Erziehungsberufen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4585/2020-2025

Frau Wend lobt die Vorlage und die damit verbundene Investition für die Gewinnung von Fachkräften. Besonders gut habe ihr beispielsweise das „digitale Praktikum“ in Kindertagesstätten oder die Gewinnung eines Influencers oder einer Influencerin zu Werbezwecken für die Kampagne gefallen. Allerdings befürchte sie, dass die angestrebte Werbekampagne allein nicht den gewünschten Erfolg erzielen könnte. Sie schlägt vor, dass die Maßnahme „Die Kinder brauchen dich“ sehr kleinschrittig im Jugendhilfeausschuss beraten wird.

Frau Bülter ergänzt, dass die Planungen längerfristig ausgelegt seien und zunächst überlegt wurde, welche Maßnahmen kurzfristig installiert werden könnten. Vor allem sei es wichtig, die Träger mit in die Planungen einzubinden. Um Fachkräfte zu gewinnen, werde in alle Richtungen gedacht. Bereits jetzt habe sich jedoch herauskristallisiert, dass es größerer Investitionen bedürfe. Abschließend sichert Frau Bülter zu, den Jugendhilfeausschuss kleinschrittig über den laufenden Prozess zu informieren.

Herr Korbmacher merkt positiv an, dass es sich bei der Kampagne um keine „Arbeitgeber-Kampagne“ der Stadt handele. Weiterhin betont er wie wichtig es sei, junge Menschen auch nach Abschluss ihrer Ausbildung am Standort Bielefeld zu halten und ihnen im bestehenden System Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Zudem weist er darauf hin, dass die Stadt Bielefeld sich im Gesamtwettbewerb positionieren und gerade bei der Gewinnung von Fachkräften für Erziehung und Pflege gegen die Wirtschaft antreten müsse.

Unter den Abänderungen durch den Ergänzungsantrag (siehe TOP 10.1), stellt Frau Weißenfeld die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt abweichend vom Beschlussvorschlag:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, die in den Anlagen genannten Ziele und Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung und -sicherung mit geeigneten Kooperationspartner*innen zu entwickeln, umzusetzen und fachlich zu begleiten. Bestehende Angebote und Einrichtungen sind dabei umfassend einzubeziehen.**
- 2. *Ergänzend zu den vorgeschlagenen Maßnahmen wird die Verwaltung beauftragt, zeitnah einen Pflegegipfel zu planen und durchzuführen mit dem Ziel die besondere Situation in der Pflege mit den handelnden Akteuren sichtbar zu machen. Dabei sollen alle relevanten Akteure einbezogen werden.***
- 3. *Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Erhalt des Berufskollegs Bielefeld der AWO OWL sichergestellt werden kann und dazu Gespräche mit dem Träger und anderen (auch interkommunalen) Akteuren aufzunehmen.***
- 4. *Die Verwaltung wird beauftragt, den quantitativen Ausbau der Ausbildung von Fachkräften (Erzieher*innen, Pflegekräfte) in Bielefeld verstärkt anzugehen, indem in Gesprächen mit Trägern, Berufskollegs, Agentur für Arbeit, REGE und dem Land weitere Möglichkeiten ausgelotet werden. Über die Ergebnisse ist Ende 2022 zu berichten.***
- 5. *Bei den geplanten Maßnahmen ist das Thema Rückgewinnung von „ausgestiegenen“ Fachkräften zu berücksichtigen.***
- 6. Für die Maßnahmen des kommunalen Fachkräfte-Aktionsplanes werden vorerst insgesamt 60.000 € entsprechend der Anlagen 1, 5, 6 und 8 zur Verfügung gestellt.**
- 7. Für die Maßnahme in Baustein 4 (Projektantrag, Anlage 9) sollen 40.000 € als Eigenmittelanteil im Rahmen des Förderauftrages „rückenwind³ für Vielfalt, Wandel und Zukunftsfähigkeit in der Sozialwirtschaft“ zurückgestellt bzw. reserviert werden.**
- 8. In den Ausschüssen soll spätestens Ende 2023 über den Prozess, den Fortschritt der Maßnahmen sowie über die finanziellen Auswirkungen (Kostencontrolling) berichtet werden. Ggf. entwickeln sich im Laufe des Prozesses weitere Maßnahmen, die einer finanziellen Unterstützung bedürfen – insbesondere durch den Fachtag, der im Anschluss an die Wertschätzer*innen-Tour durchgeführt wird**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10.1 Ergänzungsantrag zu TOP 10 - Kommunalen Fachkräfte-Aktionsplan – Entwicklung und Erprobung von neuen Konzepten im Bereich der Pflege sowie für die Gewinnung von Fachkräften in Pflege- und Erziehungsberufen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4717/2020-2025

Herr Hood stellt den gemeinsamen Antrag der SPD, des Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke vor.

Insbesondere Punkt 2 des Antrages zur Erhaltung des AWO-Berufskollegs wird ausführlich beraten. Mehrheitlich sprechen sich die Ausschussmitglieder dafür aus.

Zum Teil wird die Kommunikation seitens der AWO zur Aufgabe des Berufskollegs in der Presse kritisiert, was zu einer großen Verunsicherung bei den Auszubildenden und Lehrkräften geführt habe. Herr Knauf gibt zu Protokoll, dass er das Handeln des AWO Bezirksverbandes für unverantwortlich halte. Frau Stillger weist in ihrer Funktion als Vertreterin der AWO darauf hin, bei der AWO direkt nachzufragen, um Missverständnisse zu vermeiden. Um den vorhandenen Klärungsbedarf aufzuarbeiten, lädt sie die Ausschussmitglieder herzlich zu einem offenen Austausch ein.

Herr Nürnberger macht deutlich, dass der Verwaltungsvorstand die Dezernate 2 und 5 beauftragt habe, vorrangig die „kommunale Option“ zu prüfen. Aus schul- und bildungspolitischer Überzeugung heraus sei es gut, dass die Kommune in der Ausbildung von Pflege- und Erziehungsberufen ein starker Akteur werde. Dies habe auch mit der Gewährleistungspflicht der Kommune bei der Bereitstellung von Kitaplätzen zu tun. In diesem Zusammenhang könne die Steuerungskapazität vor allem dadurch erhöht werden, wenn die Kommune das Berufskolleg übernehme.

Eine Zuschusslösung seitens der Stadt sei deswegen nicht möglich, weil im Rahmen der Gleichberechtigung sämtliche andere Ersatzschulen ebenfalls nach einem Zuschuss fragen würden. Ferner würde ein Zuschuss in diesem Fall nicht als Eigenanteil des Trägers gewertet. Das bedeutet, dass die Stadt Bielefeld das Land entlasten würde, ohne dem AWO-Berufskolleg direkt zu helfen. Bei einer kommunalen Übernahme handele es sich sogar um eine relativ wirtschaftliche Lösung, da die Stadt Bielefeld als kommunale Trägerin auch Zuschüsse vom Land erhalte.

Herr Kuhlmann bedankt sich für die Klarstellung und bittet aus Gründen der Nachvollziehbarkeit im Falle der Übernahme des AWO-Berufskollegs durch die Stadt Bielefeld um eine schriftliche Begründung.

Abschließend stellt Frau Weißenfeld den Ergänzungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird nach dem ersten Spiegelpunkt um vier weitere Punkte ergänzt:

2. Ergänzend zu den vorgeschlagenen Maßnahmen wird die Verwaltung beauftragt, zeitnah einen Pflegegipfel zu planen und durchzuführen mit dem Ziel die besondere Situation in der Pflege mit den handelnden Akteuren sichtbar zu machen. Dabei sollen alle relevanten Akteure einbezogen werden.

3. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie der Erhalt des Berufskollegs Bielefeld der AWO OWL sichergestellt werden kann und dazu Gespräche mit dem Träger und anderen (auch interkommunalen) Akteuren aufzunehmen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, den quantitativen Ausbau der Ausbildung von Fachkräften (Erzieher*innen, Pflegekräfte) in Bielefeld verstärkt anzugehen, indem in Gesprächen mit Trägern, Berufskollegs, Agentur für Arbeit, REGE und dem Land weitere Möglichkeiten ausgelotet werden. Über die Ergebnisse ist Ende 2022 zu berichten.

5. Bei den geplanten Maßnahmen ist das Thema Rückgewinnung von „ausgestiegenen“ Fachkräften zu berücksichtigen.

Die Nummerierung der nachfolgenden Spiegelpunkte wird entsprechend angepasst.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10.2 Anfrage des JAEB zu TOP 10 - Kommunalen Fachkräfteaktionsplan

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4743/2020-2025

Zur Anfrage des Jugendamtselternbeirats (JAEB) trägt Herr Nürnberger die Zahlen der Kita-Erzieher*innen in Bielefeld vor.

Es wird zwischen PiA-Ausbildung und „klassischer“ Ausbildung differenziert. Mit „klassischer“ Ausbildung wird die zweijährige Ausbildung an einem Berufskolleg mit einem sich anschließenden dritten Jahr als Anerkennungspraktikant*in z.B. in einer Kita verstanden. Da es daneben aber noch andere Ausbildungsformen gibt (z.B. die Kombination der Erzieher*innen-Ausbildung mit der Erlangung eines Abiturschlusses), differenziert nachfolgende Tabelle nur zwischen PiA-Ausbildung und anderen Ausbildungsformen.

Bei diesen Zahlen handle es sich um die Gesamtzahlen der aktuell in der Ausbildung befindlichen Personen – unabhängig davon, ob sich die Person im ersten, zweiten oder (bei PiA) dritten Ausbildungsjahr befindet.

Ergebnis der Abfrage bei den drei Bielefelder Berufskollegs:

Name des Berufskollegs		Berufskolleg des AWO-Bezirksverbandes	Maria-Stemme-Berufskolleg	Friedrich v. Bodelschwingh Berufskolleg	Summe
Anzahl der derzeit in der Erzieher*innen-Ausbildung befindlichen Personen		312	94	231	637
darunter:	<i>PiA-Ausbildung</i>	228	0	79	307
	<i>Andere Ausbildungsform</i>	84	94	152	330

Auffällig sei, dass ein hoher Anteil der PiA-Ausbildung am Berufskolleg des AWO-Bezirksverbandes ausgebildet werde. Da die AWO den Standort nicht mehr weiterführen könne, unterstütze er auch aus diesem Grund die Erhaltung des Standortes durch die Stadt Bielefeld. Aktuell werde die Angelegenheit bereits geprüft und auch Gespräche mit dem AWO-Bezirksverband sowie der Bezirksregierung Detmold zur Finanzierung geführt. Herr Nürnberger hält es für einen Vorteil, ein städtisches Berufskolleg zu haben, um weiterhin eine hervorragende Ausbildung zu gewährleisten. Wichtig sei es aktuell, schnell zu handeln und eine Lösung zu finden, um für die Lehrkräfte, die eingeschriebenen Auszubildenden und den kommenden Jahrgang Planungssicherheit zu schaffen.

-.-.-

Zu Punkt 11

Haushaltsplan und Stellenplan 2023 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4388/2020-2025

Frau Weißenfeld verweist auf die Sondersitzung am 18.10.2022. Dort wird im Detail über den Haushalt beraten, sodass das Thema in der heutigen Sitzung lediglich in der 1. Lesung behandelt wird. Fragen zum Haushalt sind schriftlich bis zum 30.09.2022 an die Verwaltung zu richten.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2023 mit den Plandaten für die Jahre 2024 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.67	JHA, UA Jugendhilfe, Fachbeirat für Mädchenarbeit	69 €	271.306 €	271.237 €
11.05.07	Unterhaltsvorschuss	13.538.052 €	16.040.823 €	2.502.771 €
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	108.523.366 €	209.030.033 €	100.506.667 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.093.052 €	101.127.081 €	91.034.029 €
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	466 €	1.627.947 €	1.627.481 €
Summen		132.155.005 €	328.097.190 €	195.942.185 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	20.000 €	755.500 €	735.500 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	67.000 €	57.000 €
Summen		30.000 €	822.500 €	792.500 €

wird zugestimmt.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushalt 2023 wird zugestimmt.

4. Dem **Stellenplanentwurf 2023** für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt- wird entsprechend der Veränderungsliste Verwaltungsentwurf Stellenplan 2023 (Anlage 2) unter Berücksichtigung der Veränderungsliste weitere Stellenbedarfe Stellenplan 2023 (Anlage 3) wird zugestimmt.

Der Beschluss über die Berücksichtigung der Veränderungsliste „weitere Stellenbedarfe Stellenplan 2023“ (Anlage 3) steht unter einem Haushaltsvorbehalt. Über die Aufnahme der unter Vorbehalt stehenden Positionen in den Haushaltsplan 2023 entscheidet der Rat am 08.12.2022 unter Berücksichtigung seines Eckdatenbeschlusses.

1. Lesung –

-.-.-

Zu Punkt 11.1 Antrag der FDP - Aussetzung der Kostenheranziehung in der stationären Jugendhilfe

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4391/2020-2025

Herr Knauf erläutert den mit TOP 11 zusammenhängenden Antrag der FDP zur Aussetzung der Kostenheranziehung in der stationären Jugendhilfe. Dieser wird in der 2. Lesung beraten.

Besonders wichtig sei ihm hier, dass Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen, die einen Schüler- oder Ferienjob ausüben, keinen Teil davon im Zuge der Kostenheranziehung abgeben müssten.

Frau Wend und Herr Hood stimmen Herrn Knauf zu. Herr Hood ergänzt, dass demnächst eine Anfrage an die Verwaltung gestellt werden solle, welche Leistungen junge Menschen in stationären Einrichtungen erhalten.

Herr Nürnberger berichtet, dass das Rechtsamt aus Gründen der Rechtssicherheit davon abrate, die Aussetzung der Kostenbeiträge vorzeitig zu beschließen. In Kürze werde ohnehin eine Gesetzesänderung erwartet, die den Wegfall der Kostenbeiträge vorsehe. Ein Beschluss über den Verzicht auf die Kostenheranziehung könne einen Vermögensschaden darstellen, den in der Konsequenz die Ratsmitglieder verantworten müssten (sh. § 43 Abs. 4 GO NRW).

Die Verwaltung habe sich zudem bei 14 kreisfreien Städten (Bochum, Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Hamm, Köln, Krefeld, Mönchengladbach, Münster, Oberhausen, Wuppertal) erkundigt, wie diese mit der Thematik umgehen. Von den angefragten Städten haben 12 (außer Düsseldorf und Essen) geantwortet. 11 dieser Städte haben keine Entscheidungen getroffen und planen diese Entscheidung auch nicht, im Vorgriff auf die zum 01.01.2023 beabsichtigte Abschaffung eines Kostenbeitrages des jungen Menschen auf die Erhebung eines Kostenbeitrages zu verzichten. In Köln gibt es politische Bestrebungen, im Vorgriff auf die Erhebung zu verzichten. Das Jugendamt hat sich hier zwar gegen einen Verzicht ausgesprochen, die Angelegenheit befindet sich derzeit aber noch in der Klärung.

Abschließend betont Herr Knauf, dass er den Antrag aufrecht halte und in der nächsten Sitzung zur Abstimmung stelle.

2. Lesung –

-.-.-

Zu Punkt 12 **Informationen zu den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit freien Trägern für den Zeitraum 2023 – 2025**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4352/2020-2025

Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit den freien Trägern für den Zeitraum 2023 bis 2025 werden im Rahmen der Haushaltsberatungen in der Sondersitzung am 18.10.2022 beraten. Die Frist für die Einreichung von Fragen hierzu läuft ebenfalls bis zum 30.09.2022.

-.-.-

Zu Punkt 13 **Mitmach-Begegnungszentrum Grüner Würfel**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4304/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14 **Sachstand zur Erprobung des Sonnen- und Regenschutz auf dem Kesselbrink - Erfahrungen der Streetworker*innen und Ausblick**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4398/2020-2025

Durch die steigende Hitze im Sommer wurde ein Sonnen- und Regenschutz auf dem Kesselbrink installiert, um die sich dort aufhaltenden Menschen vor einem Hitzeschlag zu schützen. Dies ist Teil des Hitzeaktionsplans in Bielefeld.

Daraufhin werden im Gremium unterschiedliche Meinungen zur allgemeinen Situation des Kesselbrinks ausgetauscht. Insbesondere der Umgang mit Müll durch die Besucher wird thematisiert und diskutiert.

Abschließend fasst Herr Nürnberger zusammen, dass es sich um eine Gratwanderung zwischen schwierigen Lebenssituationen von Besucher*innen des Kesselbrinks und Einschränkungen durch deren Verhalten für Anwohner*innen und Passant*innen handele.

Viele der Besucher*innen nahmen die Angebote der entsprechenden

Hilfseinrichtungen bereits an. Zudem sei es auch geplant, am Kesselbrink ein ähnliches Müllprojekt wie im Ostmanturm-Viertel einzuführen. Bei diesem würden suchtkranke Menschen den von ihnen produzierten Müll wieder einsammeln. Aus seiner Sicht sei die tatsächliche Situation jedoch besser, als sie manchmal in der Öffentlichkeit bzw. in den Medien dargestellt werde.

-.-.-

Zu Punkt 15 **Sachstand zum Stadtteilzentrum Windflöte- Rahmenbedingungen, Vorstellung der Planungen und des Raumnutzungskonzeptes**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4353/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 16 **Erweiterung der KiTa Stadtmitte um 2 Gruppen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4457/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 17 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

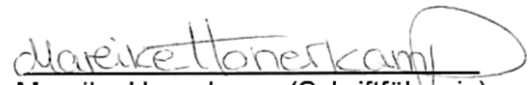
Frau Bültner stellt die folgenden anstehenden Themen vor:

- Sachstandsbericht zur Umsetzung des Kinder- und Jugendparlaments
- Bericht zur Ausbildungssituation junger Menschen durch die Jugendberufsagentur
- Trägeranteilssubventionierung ab 01.08.2024
- Bericht Sachstand Brückenprojekte
- Planung und Umsetzung des KJSG
- Flexibilisierung in der Kindertagesbetreuung

Frau Weißenfeld schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Bielefeld, den 29.09.2022


Regine Weißfeld (Vorsitzende)


Mareike Honerkamp (Schriftführerin)